

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
5 (1891)**

82 (15.7.1891)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-207765](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-207765)

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:

Bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
 vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
 für 2 Monate . . 1 „ 50 „
 für 1 Monat . . „ 50 „
 excl. Postbefreiung.

Organ für Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfsstraße Nr. 1.

Erscheint
 jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserat:
 die viergespaltene Zeile 10 Pf.
 bei Wiederholungen Rabatt.
 Postzeitungsliste Nr. 4567.

Zum Programm-Entwurf.

Dass die Bourgeoisblätter beim Erscheinen des neuen Programm-Entwurfes der Sozialdemokratie die wunderlichsten Sprünge machen würden, war zu erwarten, denn die Unwissenheit dieser Presse in sozialökonomischen Dingen wird nur übertroffen von ihrer Dreistigkeit. Sie treibt aber die unfreiwillige Komik doch weiter, als wir erwartet hatten, denn in einer ganzen Reihe von solchen Organen, die sich mit Vorliebe als die „geistige“ Speise der „gebildeten“ bezeichnen, wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß man „nunmehr“ mit der Sozialdemokratie nicht „paktieren“, könne, nachdem sie so offen die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft gefordert habe, welche Forderung, um dem braven Spießbürger eine Gänsehaut zu bereiten, als „nackter Kommunismus“ bezeichnet wird.

Man brauchte zwar nur daran zu erinnern, wie der Programm-Entwurf den ehrenwerten Bourgeoisblättern doch deutlich genug erklärt hat, daß die Sozialdemokratie mit keiner der alten Parteien und Klassen paktieren könne. Wir glauben es gerne, daß jede Partei die Arbeiter gerne wieder als Kämpfer hinter sich sehe, wenn sie nur auf einige der sozialistischen Hauptforderungen verzichten wollten. Da dies nun aber nicht zu erwarten ist, so sind die Trauben sauer. Das kennt man.

In wessen Interesse hätten denn die Sozialdemokraten überhaupt darauf verzichten sollen, die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel zu fordern? Im Interesse der Arbeiter wohl nicht, denn diese hoffen doch gerade auf eine Zukunft, die eine Produktionsform bringen soll, innerhalb deren die Arbeit nicht mehr vom Kapital abhängig ist. Die Sozialisten hätten also im Interesse der Kapitalisten, der Herren Bourgeois, auf die Forderung verzichten sollen, und daß man dieses Ansehen an sie stellen kann, zeigt, auf welchem niedrigen geistigen Niveau sich die Bourgeoispresse befindet.

Wir legen natürlich keinen besonderen Werth darauf, den Leuten die pflichtgemäß die heutigen Zustände zu verheerlichen und resig zu färbten haben, eine Vorlesung über die Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus zu halten. Diese neue Weltanschauung ist ja nicht dazu da, um den „oberen Reichtum“ ein Vergnügen oder eine pikante Unterhaltung zu gewähren. Aber die Herren haben in dem Programm einen sehr wichtigen und bedeutsamen Satz übersehen, nämlich den, daß die kapitalistische Gesellschaft selber die notwendigen Vorbedingungen für eine sozialistische Produktion schafft. Wer dies nicht einseht, der bewegt sich in lächerlicher Annahme, wenn er die moderne Arbeiterbewegung zu kritisieren sich erdreistet.

Der moderne wissenschaftliche Sozialismus ist nicht ein System, das einige Köpfe angebrüllt haben und von dem beschränkte Leute glauben, daß es nun der bürgerlichen Gesellschaft ohne Weiteres über den Kopf gestülpt werden soll. Die braven Spießbürger trösten sich dann, daß wir ja den ganzen Apparat der öffentlichen Gewalt haben, die das „rothe Geßpenst“, sobald es Fleisch und Blut annehmen will, schon beschwören wird. O sancta simplicitas! So sieht das, was man soziale Frage nennt, gar nicht aus.

Man übersieht und unterschätzt die Fortbildung, die in den letzten Jahrzehnten an den sozialistischen Anschauungen sich vollzogen hat. Der alte utopistische Sozialismus hatte sein System fertig und muthete in der That der Menschheit zu, in den Luftschiffen zu hängen, die Fourier, Cabet und noch Andere in den Wolken erbauten. Der moderne wissenschaftliche Sozialismus ist von diesen Kinderkrankheiten vollständig kurirt und schwebt nicht in den Wolken, sondern wurzelt in festem Boden, in den tatsächlichen Verhältnissen. Weil der Kapitalismus selber eine solche Konzentration der Kapitalien in so wenigen Händen schafft, daß die Gesellschaft und der Staat dabei nicht mehr bestehen können, wird die Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz, wenn der Weg der Entwicklung zurückgelegt, zum Bestande und zum Gedeihen der Gesellschaft so notwendig sein, wie Sonne und Regen zur Landwirtschaft. Wenn heute von einer Stadt zur andern der Verkehr sich dermaßen entwickelt, daß eine Eisenbahn notwendig wird, verzichtet man etwa auf diese Bahn, weil ein Grundeigentümer sein Grundstück nicht hergeben will, durch das die Bahnlinie geführt werden muß? Alle Welt würde einen solchen Mann für einen eigenwilligen Tölpel halten und würde ihn mit wenig schmeichelfähigen Titulaturen belegen. Der Fortschritt der Menschheit beruht eben darauf, daß das Gemeininteresse immer wieder zum Durchbruch kommt. Unsere Bourgeoisie aber, diese mächtige, doch wenig zahlreiche Klasse, ist so sehr von ihrer Gott Mammons-Religiosität eingenommen, daß sie sich in dem Wahne wiegt,

die menschliche Fortentwicklung sei nur um ihrem Willen da und dürfe nicht weiter gehen, als bis an die Schranken, welche der Bourgeois-Kaßengeist zu ziehen sich bemogen fühlt.

Aber die Leute, die einst im Sozialistengesetz den Urquell aller politischen Weisheit erblickt haben, werden uns weder verstehen wollen, noch verstehen können.

Wir reden darum auch nicht zu ihnen, sondern zu den Arbeitern, diesem neuen Geschlechte, welches für die allgemeine Kultur- und Fortentwicklung mehr Verständnis besitzt, als die Mehrzahl-Produzenten zu ahnen im Stande sind.

Politische Rundschau.

Bant, den 14. Juli.

Berlin. Das Reichsversicherungsamt hat entschieden, daß der Tod eines Arbeiters bei Feldarbeit durch Blitz als Betriebsunfall anzusehen ist, daß also die Genossenschaft zur Entschädigung der Hinterbliebenen verpflichtet ist.

Die überauswichtigen Berichte über den Empfang des deutschen Kaisers in London erhalten einen Dämpfer durch die Londoner Presse. „Standard“ betont, daß der achtungsvolle Empfang seine Wurzel doch auch in der achtungsvollen Gefinnung für das englische Könighaus, dessen Botschafter der deutsche Kaiser ist, habe. Noch deutlicher äußert sich der „Daily-Telegraph“, das Reichblatt des Bürgerthums. Es sagt, es müsse im Auslande wohl verstanden werden, daß die achtungsvoll herliche Begrüßung, welche die City von London heute dem deutschen Kaiser biete, morgen mit gleicher Achtung und Herzlichkeit dem Präsidenten der französischen Republik gewährt werden würde. In ähnlicher Weise äußert sich auch „Daily News“. Wir haben stets Ueberschätzung solcher Vorgänge für unangebracht gehalten.

Die Reaktion auf dem Gebiete des Schulwesens in Preußen macht Fortschritte. Es wird ernst gemacht mit der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Volksschulen durch Geistliche. Wir finden in verschiedenen Blättern das Folgende: „Die Regierung zu Oppeln hat die Kreisschulinspektoren ihres Bezirks veranlaßt, die Hauptlehrer mehrfacher, sowie die Lehrer einlässiger Volksschulen ihres Aufseherbezirks alsbald zu beauftragen, daß sie den zukünftigen Pfarrern, Kuraten und Lokalsen, denen die Leitung des Religionsunterrichts obliegt, die Stundenpläne ihrer Schule mittheilen, sowie von jeder in denselben während oder bei Beginn des Schuljahres eintretenden Veränderung zur Kenntniß geben.“ Die Forderung der wahren Aufklärung und der Bildung geht dahin: Weltlichkeit der Schule. Man wird diese Forderung nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man den theologischen Vormundhaftigkeitsgeistes Konzeptionen macht.

Die konfessionelle Hege im Deutschen Reich wird immer abstoßender. Die protestantischen Theologen werfen den katholischen, und diese jenen Verfolgungssucht, Annäherung, Lüge, Schwindel u. s. w. vor. Recht haben beide Richtungen. Im „Reichsboten“ beschuldigt der bekannte Pastor Friedner, welcher Spanien „dem Papst aus den Klauen reißen“, d. h. es für die evangelische Kirche gewinnen will, spanische Katholiken, daß sie den Gottesdienst der Evangelischen dadurch stören, daß sie Bängel, Eideschwüre u. in die Kirche schafften. Wörtlich schreibt er: „Was macht doch der Teufel (!!) für Anstalten, um das Hören des göttlichen Wortes zu verhindern! Am schlimmsten aber war es, als am 26. April plötzlich eine fast ellenlange Schlange durch die Kapelle fuhr. Alles sprang auf die Tische oder Bänke, Kinder schrien, Hüte wurden zerquetscht, Bänke stürzten um; die Aufregung war schrecklich, bis die Schlange erlegt war.“ Die „Germania“ bezweifelt, wie uns dünkt mit gutem Grunde, die Wahrheit dieser Behauptungen. — Das „Evangelische Sonntagsblatt“ schreibt: . . . Und wie der Papst im Mittelalter seine Regionen von Bettelmönchen ausludte, um das Volk gegen die irdischen Kaiser zu erregen, so benutzt man jetzt die ultramontanen Blätter, um das katholische Volk in Deutschland für die weltlichen Zwecke des Papsttums in Erregung zu bringen und es vollständig blind und taub zu machen gegen alle Lehren der Weltgeschichte, um es geistig vollständig zu verriegeln und gegen jede Erkenntniß und jedes Verständnis der weltgeschichtlichen Entwicklung Deutschlands und die Wurzel dieser Entwicklung, der Reformation, unzugänglich zu machen. Dafür bietet man ihm als Ersatz die Wundermärchen von Lourdes, die Verehrung des sogenannten „heiligen Kindes von Trier“ u. dgl. — Ja, ja, das stimmt, aber haben die evangelischen Frommen es weniger darauf angelegt, das Volk „geistig vollständig zu verriegeln“? Es giebt darunter „Patrioten“, die einen alten Stiefel Bismarck's oder das Kleingeldstück eines verstorbenen Herrschers mit nicht minderer Ehrfurcht

betrachten, wie der gläubige Katholik den „heiligen Rod“ zu Trier.

Wie „glücklich“ ist das Sachsenland! Zwar macht das „Auge des Gesetzes“ überall im Reich der Gottesfurcht und der frommen Sitte, aber nirgends mehr es, mit so außerordentlicher Subtilität sich mit den Sozialdemokraten zu beschäftigen. In Oderan ist ein sozialdemokratischer Wahlverein gegründet worden. Als derselbe vom Vorstehenden beim Bürgermeister Apelt angemeldet wurde, meinte dieser: „Du was denn einen Wahlverein? Wir haben doch jetzt gar keine Wahlen.“!!! Kommentar überflüssig. Der Bürgermeister richtete bald darauf an den Vereinsvorstand folgende Verfügung: „Hierdurch werden Sie aufgefordert, binnen zwei Wochen näher zu erläutern, welchen Zweck der Verein für volkshumliche Wahlen verfolgt, da aus dem Statut nicht ersichtlich ist, was unter „Vertretung der Interessen der Sozialdemokratie nach allen Seiten hin“ verstanden wird. Gleichzeitig wird Ihnen aufgegeben, jede Veränderung im Mitgliederstande stets sofort hier anzuzeigen.“ Unter Chemnitzer Parteiobergen „Die Presse“, der wir diese Mitteilung entnehmen, meint dazu: „Schwer wird es werden, der letzten Bestimmung, „stets sofort“, immer pünktlich nachzukommen. Öffentlich ist in Oderan die beständige Bestimmung des Vereinsgesetzes nicht aufgehoben, monach jede Veränderung binnen drei Tagen bei der Behörde anzuzeigen ist. Ueber die gewünschte Auskunft, „Vertretung der Interessen der Sozialdemokratie“, würde wohl unter Anderem das Studium des sozialdemokratischen Parteiprogramms u. s. w. genügen.“

Ungemüthliches aus Sachsen. In Dresden hatten mehrere sozialdemokratische Arbeiter einen aus rothen Blumen geflochtenen Kranz durch die Stadt getragen, um ihn den im Mailampf 1849 Gefallenen auf das gemeinsame Grab zu legen. Hierfür bestrafte das Amtsgericht die Arbeiter mit 15 bis 30 Mark wegen Uebertretung einer Verordnung vom 14. Juni 1849.

Erlebte Reichstagsmandate. In Folge der Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Oberpräsidenten hat in dem bisher von ihm vertretenen Reichstagswahlkreise Stolz eine Neuwahl stattgefunden. Herr v. Puttkamer wurde bei der letzten Wahl mit 10 522 von 16 699 gültigen Stimmen gewählt. Auf den freiwähligen Kandidaten — irren wir nicht, war es Herr v. Forckenbeck — fielen 5923 Stimmen, außerdem wurden 83 Fremden- und 148 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Kreis zählte 25 796 Wähler. — Auch im elften württembergischen Wahlkreise Saß-Dehringen muß eine Neuwahl stattfinden, da der bisherige Vertreter, Regierungsrath Leemann (natl.), zum Professor der Staatswissenschaften an der Universität Tübingen ernannt worden ist. Derselbe erhielt bei 22 643 eingeschriebenen Wählern, von 16 259 gültigen Stimmen 9322, während 5783 auf die Volkspartei, 275 auf das Zentrum und 872 auf die Sozialdemokraten entfielen.

Zur Umgestaltung der Fabrikaufsicht in Preußen sind die bisherigen Gewerbeämter von Berlin, Breslau, Dortmund, Frankfurt a. O., Wiesbaden, Köln, Düsseldorf, Hannover, Königsberg i. Pr., Stettin, Merseburg, Minden, Oppeln, Schleswig, Posen und Magdeburg zu Regierungs- und Gewerbeämtern ernannt worden und sind ihnen die Stellen von gewerbeamtlichen Räten bei den entsprechenden Regierungen verliehen worden. Außerdem sind 17 Gewerbeinspektoren ernannt worden. Dem Vernehmen nach beschäftigt man sich im Reichsamte des Innern gegenwärtig mit der Zusammenstellung der Berichte der Fabrikinspektoren für das Jahr 1890, wie dieselben nach § 139 b Abs. 3 der Gewerbeordnung dem Bundesrathe und Reichstage vorzulegen sind. Die Arbeit wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, ehe sie zum Abschluß gelangen kann.

Nach den nummernreichen amtlichen Ermittlungen ist der durch den jüngsten Orkan in dem von der holländischen Grenze bis Anrath sich erstreckenden Ländergebiete angerichtete Schaden ein ganz enormer. Die Bauerschaften Loosen und Lind sind vollständig zerstört. Im Kreise Kempen allein beträgt der Schaden an zerstörten Gebäuden eine Million Mark, in Anrath 400 000 Mk. und in Aachen 700 000 Mk. Die Feld- und Gartenfrüchte sind total vernichtet. — Um dem dadurch hervorgerufenen Nothstand und dem Ruin der Weber und Kleinbauern zu begegnen, wird eine umfassende Staatshilfe notwendig sein.

Die Julinummer der „Forum“ (Londoner Zeitschrift) enthält von Professor Giffen einen Artikel, welcher sich mit dem kranken Bismarck beschäftigt. „Wilhelm I.“, sagt Herr Giffen, „war gegen die Schwächen seines sich allmählich erhebenden Kanzlers gewiß nicht blind, er hielt ihn jedoch für unentbehrlich. In einer vertraulichen Unterredung mit seinem wärmsten persönlichen



Freund, dem verstorbenen Fürsten Anton von Hohenjollern, erklärte der Kaiser: „Ich muß Bismarck ungeachtet aller seiner unerträglichen Eigenschaften unterfügen, weil er für das Bestreben des Deutschen Reiches erforderlich ist.“ Professor Gieseler meint, der Hauptfehler Bismarcks sei gewesen, daß er nicht Schule machte. „Aus diesem Grunde“, fährt der Verfasser fort, „behauptete ich schon vor Jahren, als die Frage überhaupt noch nicht ernst genommen wurde, daß der einzige mögliche Nachfolger Bismarcks ein mit politischen Gaben ausgestatteter General sein müßte, ein Mann, zugleich imponierend und versöhnlich wirkend. Schon damals schien mir die Wahl zwischen dem Grafen Waldersee und General von Caprivi zu schwanken. Der verstorbenen Dr. Windthorst, einer der scharfsinnigsten Politiker des Reichstages, mit welchem ich die Frage erörterte, sprach sich jedoch entschieden für Caprivi aus. Derselbe war bereits Marineminister gewesen und hatte in dieser Stellung außerordentliche administrative Fähigkeiten und die Gabe an den Tag gelegt, dem Parlament gegenüber eine gleichzeitig entschiedene und höfliche Haltung einzunehmen. Ohne Windthorst's Meinung zu kennen, wählte der Kaiser General von Caprivi, die schwierige Stellung als Bismarcks Nachfolger auszufüllen, und bewies derart sein Geschick, den rechten Mann auf den rechten Platz zu stellen.“ — Die Verschleißlichkeitserwartungen dürften durch Caprivi's Stellung in der Kornsubfrage ganz erheblich gedämpft worden sein, ebenso trug seine Zukunftsansicht vom Straßenkampf mit der Sozialdemokratie nicht eben Wasser ins Feuer.

— Zur Charakteristik der sogenannten „Gesinde-Ordnungen“ in Preußen. In Ostpreußen am Harz vermehrte sich ein junges Mädchen an eine „Herrschin“. Als ihr zugemutet wurde, außer den häuslichen Arbeiten, für welche sie sich verbundene, auch noch solche in einer von ihrer „Herrschin“ geleiteten „Vergnügungsstation“ zu verrichten, als die „Herrschin“ sie brutal mit Schlägen bedrohte und sie gemein beschimpfte, verließ die Magd den Dienst. Aber der „Dienstherr“ klagte bei der Polizei-Wermaltung und diese entschied, daß das Mädchen „ohne gesetzmäßige Ursache“ den Dienst verlassen habe und bei Vermeidung einer Geldstrafe von 30 Mk. gehalten sei, den Dienst fortzusetzen. — Es ist wirklich die höchste Zeit, den „Gesinde-Ordnungen“, nachdem solche Entscheidungen möglich sind, ein Ende zu machen, wie im Entwurf zum neuen Programm unserer Partei gefordert wird.

— Gewisse Kreise der „gebildeten“ und „patriotischen“ Gesellschaft scheinen förmlich darauf erpicht zu sein, sich in den Tagen wirklich gebildeter Menschen das Zeugnis geistiger Armut auszusprechen. So wird der „Frankf. Ztg.“ aus Elberfeld geschrieben: „Es besteht hier eine Gesellschaft „Erholung“, deren Mitglieder bislang zu den verschiedensten politischen Parteien gehörten, u. A. war auch die sozialdemokratische Partei vertreten, und zwar durch den Rechtsanwalt Landé, der verschiedentlich Vorträge in dem sozialdemokratischen Verein für volkshumliche Wahlen gehalten hat. Aus diesem Grunde stellte kürzlich Herr Oberlieutenant Voet, gleichfalls ein Mitglied der „Erholung“, an den Vorstand des Vereins den Antrag, entweder Landé oder ihn aus der Mitgliederliste zu streichen. Nachdem der Vorstand diesen Antrag abgelehnt und der Herr Oberlieutenant seine Mitgliedschaft gekündigt hatte, wurde dasselbe Ersuchen an den Vorstand von Seiten mehrerer Reserveoffiziere und Beamten gestellt und zwar mit Erfolg, denn der Vorstand forderte Herrn Rechtsanwalt Landé auf, sich streichen zu lassen. Die Motive dazu liegen auf der Hand. Herr Landé verspürte indes keine Lust, den Herren Antragstellern das Feld zu räumen und weigerte sich mit der Erklärung, daß seine politische Gesinnung, die er in dem

Verein niemals kundgegeben habe, seiner Ansicht nach kein Stein des Anstoßes sein könne. Auf Grund dieser Erklärung wurde nun zur Ausschließung Landé's eine Generalversammlung einberufen; die Abstimmung hatte das Resultat, das Letztere mit 58 Stimmen für, 12 gegen die Ausschließung aus der Gesellschaft ausgeschlossen wurde. Herr Landé will nun, weil er mit der Mitgliedschaft auch seiner Rechte an den Verein verliert, den Rechtsweg beschreiten.“ Ohne Zweifel wird es Herrn Landé nur darauf ankommen, eine gerichtliche Entscheidung der Prinzipfrage herbeizuführen. Uebrigens dürfte es mit seiner Ehre nicht vereinbarlich halten, Werth auf die Wiederaufnahme zu legen. Eine famose Einrichtung übrigens, die Regelabstimmung für solche Fälle! Wie viele von den 58, welche Regeln für die Ausschließung abgaben, würden wohl den Ruch gehabt haben, ihr Votum öffentlich abzugeben?

— Die „Volkzeitung“ berichtet folgenden charakteristischen Fall von Ausbeutung geistiger Arbeit: Am „Schwarzen Brett“ der Universität Berlin befindet sich seit einigen Tagen ein Anschlag folgenden Inhalts: „Mehrere Herren zu leichteren literarischen Arbeiten gesucht. Frankfurter Allee 169, 3 Treppen, Dr. Birnbaum.“ Zur angegebenen Zeit, in der Herr Dr. B., ein praktischer Arzt, sich ipsemet selbst, pilgerte Schreiber dieser Zeilen mit einer ganzen Anzahl von Zeidensgelehrten nach der ziemlich am äußersten Ende von Friedrichsberg gelegenen Behausung des Dr. B. hinaus. Wie sich nun herausstellte, waren mit den „leichteren literarischen Arbeiten“, deren Anfertigung gewünscht wurde, Inhaltsangaben von Dramen heroorragender moderner Autoren: Bauernfeld, Björnson, Ibsen, Strindberg, Lindau u. s. w. gemeint. Für jede derartige Arbeit zahlte der großmüthige Besteller rund — sage und schreibe — fünfzig Pfennige. Bedeutet man nun, daß betreffende Bearbeiter sich das Stück, dessen Gehaltsangabe er anfertigen will, falls er dasselbe nicht zufällig besitzt, selbst anschaffen muß, was doch mindestens 20 Pfennig kostet, daß das Durchlesen des Dramas nebst Bearbeitung des Inhaltes doch sicherlich 3—4 Stunden in Anspruch nimmt, so ergibt sich mit Hinzurechnung des Portos und der Schreibmaterialien die wahrhaft fürstliche Bezahlung von kaum 5 Pfennig pro Stunde angelegter geistiger Arbeit. Allerdings meinte Herr Dr. Birnbaum auf einen beglücklichen Einwand, eine derartige Beschäftigung dürfe nicht allein nach dem materiellen Ertrage beurtheilt werden. Als ideale Genugthuung ergibt sich aber für die betreffenden Herren höchstens das erhebende Bewußtsein, mit dazu beigetragen zu haben, daß Herr Dr. Birnbaum sich bei der von ihm beabsichtigten Herausgabe einer „modernen Literaturgeschichte“ mit fremden Federn schmücken kann. Leider ist es ihm bereits gelungen, wie eine stattliche Anzahl auf dem Tische aufgehäufte Arbeiten bewies, in dieser Weise die Arbeitskraft junger, unerfahrener und hilfsbedürftiger Menschen auszunutzen; damit dies aber nicht in noch höherem Maße geschehe, sei hiermit unsere warnende Stimme erhoben.

— An der Berliner Productenbörse stiegen vorige Woche die Roggen- und Weizenpreise abermals um ein Bedeutendes. Weizen notirte um 2½—3 Mk., Roggen ebenfalls um 3 Mk. höher als am Mittwoch. Die Preissteigerung kennzeichnet sich theils als eine Folge der ungünstigen Berichte über die Ernteaussichten in Ausland, theils als eine Folge der fortgesetzten regenirten Mitterung. Auch die neuen Tarifmaßnahmen der russischen Regierung thaten das ihrige, um die Preise zu der oben genannten Höhe emporzuschwelen.

— Das Militärgericht zu Würzburg hat den Unteroffizier Nießl wegen fortgesetzter unemselbigen Mißhandlung des Rekruten Rugler, der schließlich wahnsinnig wurde und geistig gehört und körperlich heruntergekommen als dienstuntauglich vom Militär entlassen worden ist, zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis und zur Degradation verurtheilt.

— Vom Rothstand. „Wie groß der gegenwärtige Rothstand ist, geht u. A. auch daraus hervor, daß die Stadt Leipzig einen Mehraufwand für Armenunterstützungen von 90,000 Mk. zu machen gehabt hat, als im Haushaltungsplane angenommen worden war. Angesichts solcher Thatfachen hätten auch die städtischen Behörden nicht bloß ein Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt, in der Getreidefrage Stellung zu nehmen.“

— Beachtenswerth ist, daß die Zahl der Ortschaften, in denen Landräthe, Bürgermeister, Getreidehändler und andere Autoritäten das Vorhandensein eines Rothstandes anerkennen und Hülfe in das Land ergeben lassen, sich mehrt. So geht uns jetzt wiederum ein Aufruf von dem hgl. Landrath v. Bönninghausen in Rempen a. Rh. zu, der die Aufforderung stellt, für die durch schlechte Ernte in's Unglück gerathenen Personen Gaben zu sammeln und sie an den Kreisfiskusallfassenrentanten Wolff in Rempen abzuliefern.

Oesterreich.

— Die Ergebnisse des Weltpostkongresses, der soeben in Wien seine Beratungen beendet hat, werden in einem offiziellen Wiener Blatt wie folgt resumirt: Von den sachlichen Beschlüssen seien als die wichtigsten erwähnt die Herabsetzung der Tarife der Postanweisungen, der Nachnahmen und Werthbriefe, dann die Ausdehnung der Auslieferungen von 20 auf 30 Zentimeter. Auch namhafte Erleichterungen im Druckfachen- und Maarenprobenverkehr sind beschlossene, z. w. werden Visitenkarten mit gedruckten Initialen, wie p. l. p. c. p. c. x. fortan als Druckfachen und nicht mehr als Briefsendungen betrachtet. Dann wurden unfrankirte Korrespondenzkarten für den internationalen Verkehr zugelassen. Zur gegenseitigen Abwicklung der Zahlungen im Kompenationswege wurde die Einsetzung eines internationalen Clearing House (Rechnungshauses) in Bern beschlossene. Die Zulassung von Geldseilen und Retriolen sendungen in Werthbriefkartons entspricht einem seit Langem gehegten Wunsche der Geldseilhändler. Die Aushebung des französischen Doppelsystems bei den Postanweisungen wird namentlich in den kaufmännischen Kreisen mit Freuden begrüßt werden. Im internationalen Verkehr wird nunmehr ausschließlich das Kartensystem herrschen. Weiter seien hervorgehoben die Zulassung der Auszahlungs-Befähigungen und der telegraphischen Reklamationen bei Anweisungen-Telegrammen, die Gestaltung der Benutzung der Coupons der Begleitadressen von Postpaketen zu schriftlichen Mittheilungen, die Ausdehnung des Verfügungsrechts der Abnehmer über ihre Sendungen auf den Werthbriefe, Anweisungen- und Postpaketverkehr, die Zulassung der Interessen- und Dividenden-Coupons, sowie die Wechselprotest-Erhebung durch Vermittlung der Post im Auftragsverkehr, schließlich der Abschluß eines neuen Uebereinkommens wegen der internationalen Vermittlung von Zeitungs-Abonnements durch die Post, durch welches Uebereinkommen das bisherige Verfahren, das nur im Verkehr mit wenigen Staaten bestanden hat, auf alle Länder ausgedehnt und vereinfacht und gleichzeitig auch die Abonnementsgebühr sehr verbilligt wurde.

Schweiz.

— Die Schweiz, das milde Land, hat am Sonntag, 5. Juli, die Einführung der Initiative in die Bundesverfassung beschlossene. Diese bedeutet einen weiteren wichtigen Fortschritt in dem demokratischen Staatswesen. Im Wesentlichen beruht die Initiative darin, daß 50,000 Schweizer Bürger genügen, um einen entgeltlich redigirten Verfassungskomitee einzureichen, welcher von der Bundesver-

64)

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

(Fortsetzung.)

Dswaldt hatte seinen Platz neben Hanna. Die Ausführungen Field's fesselten Beide, und Dswaldt erhob sich, um mit einigen, in der That dürftigen Worten für den Toast zu danken.

Er athmete auf, als das Diner zu Ende war, als wäre er von einem lästigen Zwange erlöst. Er ersah die Gelegenheit, näherte sich Hanna, als sie allein stand, und fragte sie, weshalb sie ihn nicht empfangen habe.

Sie blühte ihn erstaunt an. Der unzufriedene Ton, mit dem er dies sagte, war ihr neu.

„Ich hatte Dir den Grund mitgetheilt“, flüsterte sie nicht ohne Erregtheit.

„So werden also gesellschaftliche Rücksichten und Verpflichtungen stets ein Grund sein, um uns einander fern zu halten. Ich möchte Dir wohl einmal einige Worte sagen, die nicht von Allen gehört werden, und ich denke, Du müßtest dies begreiflich finden.“

Niemals hatte er in so männlich bestimmter Weise zu ihr gesprochen, und es mußte für sie etwas Zwingendes darin liegen. Sie nahm seinen Arm.

Sie durchschritt mehrere Gemächer. Niemand folgte ihnen. In dem kleinen Schlafzimmer hatten sie nebeneinander Platz genommen. Er hatte die Hände des schönen Mädchens in die seinen gezogen und versuchte, ihr in die etwas gesenkten Augen zu blicken.

„Wir sind Verlobte, aber wahrlich, ich habe die Rechte eines Bräutigams noch kaum in Anspruch genommen.“

Er führte ihre Hand an seine Lippen, konnte aber nur den Hauchhauch fassen.

„Du hast Dich freiwillig von uns getrennt“, erwiderte sie leise, sich zu einer Ruhe zwingend, die nicht in ihr war, „und bist uns erneuerlich, länger als nötig war.“

„Du mich auferufen, ich wäre gekommen.“

Sie schüttelte den Kopf. „Es widerspreche mir, irgend einen Zwang auf Dich zu üben, und schreibe Du mir nicht, daß Du so glücklich seiest und tief in der Arbeit steckst? Sollte ich Dich dem entreißen?“

Er nagte an seinem Schnurrbart. „Ich muß Dir allerdings danken für die Freiheit, die Du mir gewährst; es ist wahr, ich verpüre seltene Arbeitslust, ich hatte angefangen, höhere Ansprüche an mich selbst zu stellen, und die völlige Einsamkeit brachte Manches zur Reife.“

Sie richtete einen heifhirschen Blick auf ihn, aber ihre Lippen behielten das süße Lächeln.

„So, die Einsamkeit? Darunter verstehst Du wohl den intimen Verkehr mit Denigen, oder nicht?“

„Ich habe in der ganzen Zeit nur an Dich gedacht und Alles für unser künftiges Glück zurecht gelegt“, sagte er warm, gleichsam der Frage ausweichend.

Ihr Lächeln schwand und über das eben noch so blasse Gesicht ergoß sich eine hohe Röthe; sie war empört ob dieser Lage.

Er deutete die Negung falsch und in aufstürmender Zärtlichkeit legte er den Arm um ihren Leib.

„Hanna, ich will doch einmal erfahren, was ich Dir bin, was Du mir werden kannst.“

Sie erzitterte unter seiner Lieblosigkeit, es war ein Augenblick der Schwäche, in dem das physische Empfinden überwoog. Aber nein, nein, nein, er sog, sie wachte es, sie hatte die Beweise. Schon hatte sie sich wieder gefunden und entzog sich ihm mit einem Ruck.

„Was willst Du wissen?“ fragte sie, und Zurückweisung lag in ihrem Ton, in ihrem Blick, „was wir uns werden können, liegt in der Zukunft, in ferner Zukunft selbst. Wer vermöchte auch im Vorhinein festzustellen, ob zwei Menschen für einander taugen?“

Er sah sie an, betroffen von der Sicherheit dieses Ausspruchs, aber ihm schien es doch, als ob es hier eine Gewissheit gebe, die, wie ein Blitz

hellend, in's Herz leuchtet, und von seiner Jugend hingerrissen, sagte er voll schöner Offenheit:

„Was allein uns näher bringen kann, ist das anscheinende Vertrauen und das Gefühl der Gleichheit. Sieh, Hanna, Du standest mir bisher so hoch gegenüber, was ich als ein Recht in Anspruch nehmen durfte, dankte mir selbst Verneigung. Aber ich bin verlangen der geworden, und wahrlich, unser Verhältnis muß ein anderes, innigeres werden, ich will nicht länger wie ein Knabe Dich nur von ferne bewundern.“ Und abermals wollte er sie an sich ziehen, aber sie wehrte ihn ab und als er kühner wurde, erhob sie sich.

„Lass mich, Dswaldt — ich bin heute so überaus nervös — und wir haben noch so viel Zeit vor uns, uns kennen zu lernen.“ Sie sah plötzlich in einem japanischen Rohrstuhl, der mit Teppichen und Luchern zeitig decorirt war. Und sich tief in die Kissen drückend, sah sie fast ängstlich zu ihm empor, erzitternd vor seiner Berührung.

Er stand vor ihr und kreuzte die Arme. Wie mit einem Schlage war seine Stimmung eine andere geworden, und er lachte, es klang fast frivol.

„Ich, Du gefällst Dir noch immer darin, mir gegenüber die Heilige in der Nische zu sein.“ und als er ihrem empörten Blick begegnete, wollte sich ein leidenschaftliches Wort auf seine Lippen drängen, aber er bewagte sich und sagte in vornehmester Gelassenheit: „Bitte, willst Du nicht meinen Arm nehmen, um zur Gesellschaft zurückzukehren?“

Sie erhob sich und legte ihren Arm leicht in den seinigen.

„Du mußt mich nehmen, wie ich bin“, sagte sie leise, aber entschieden. Aber als bereute sie das allzuherbe Wort, sagte sie mit einem bittenden Blick und einem schwachen Lächeln hinzu: „Ich bin nun einmal schwerfälliger, als Du glaubst, darum habe Geduld mit mir.“

(Fortsetzung folgt.)

sammlung nicht mehr durch Zufüge oder Abstriche verändert werden kann. Die Bundesversammlung dagegen hat das Recht, diesen Initiativ-Entwurf zu verwerfen oder selbstständig einen solchen einzubringen. Beide Entwürfe müssen dem Volke und den Kantonen zur Abstimmung unterbreitet werden.

Frankreich.

— In Frankreich droht ein Streik der Eisenbahnenbediensteten auszubringen und wird darüber aus Paris gemeldet: In einer am 12. Juni abgehaltenen, von etwa 4000 Mitgliedern der Arbeiterfylakate, sowie Bediensteten der Eisenbahnen besuchten Versammlung wurde beschlossen, daß, wenn bis zum Dienstag den 14. d. M., Abends, die Forderungen der Streikenden nicht bewilligt würden, alle Bediensteten der fünf großen französischen Eisenbahngesellschaften von Mittwoch, 1 Uhr Nachts, ab sich der Arbeit enthalten würden.

— Auf dem Nordbahnhof fand ein Zusammenstoß zweier Säue statt. Es sollen drei Personen schwer und fünfzehn leicht verwundet sein, ein Zugführer wurde getödtet.

Vermischtes.

— Der kürzlich aus Paris gemeldete Fall, daß ein Arzt bei einer krebserkrankten Patientin ohne deren Wissen zu wissenschaftlichen Zwecken Impfversuche mit krebserregenden Partikeln an noch nicht infizierten Stellen vorgenommen habe, hat auch bei uns in Deutschland ein Seitenstück gefunden. Die Berliner „National-Zeitung“ erzählt nämlich folgende Geschichte: Herr Doktor! Im Laufe einer Unterhaltung mit einem Arzt kam das Gespräch auf den Pariser Vorfall, daß ein Arzt einer Patientin an einer gesunden Stelle ihres Körpers krebsige Partikeln eingeimpft habe und daß sich dann später an dieser Stelle der Krebs entwickelt hat. Der Arzt, mit dem ich das Gespräch führte, bemerkte dazu, daß ähnliche Vorgänge auch in Deutschland vorgekommen seien. Ich habe sofort erklärt, daß ich der Sache weiter nachforschen und, falls ich sie bewahrheitet finden würde, die Angelegenheit dem öffentlichen Urtheil vorlegen werde. Zunächst erlaube ich mir zu bemerken, daß ich weder den Anschauungen der Antivivisektionenbewegung, noch irgend welchen ähnlichen sentimentalen Abstraktionen hulde. Ich bin aber der Ansicht, daß die Kerze nicht berechtigt sind, sich außerhalb des Sitten- und Strafgesetzes zu stellen, daß sie nicht befehlen, ihren Patienten Schmerz zuzufügen, oder ihnen krankheitsregende Stoffe zuzuführen, nicht aus irgend einem Heilzwecke, sondern lediglich, weil sie ein wissenschaftliches Experiment machen wollten. Und nun zur Sache: Ich verduldige die Herren Prof. Eugen Hahn, dirigirender Arzt der chirurgischen Abteilung am hiesigen Krankenhaus Friedrichshain, Prof. v. Bergmann, dirigirender Arzt der chirurgischen Klinik an der Berliner Universität, die Grenze des ärztlichen Berufes und der ärztlichen Gewalt über die Patienten dadurch in bewußter Weise überschritten zu haben, daß sie krebserkrankten Patienten, die sich ihnen anvertraut hatten, an bisher gesunden Körperstellen krebsige Materie eingeimpft und dadurch in bewußter Weise künstlich bei diesen Patienten neue Krebserbte hervorgerufen haben. Als Beweis für meine Behauptung führe ich wörtlich nachfolgende Berichte der Deutschen medizinischen Wochenschrift an: 1) Sitzung der Berliner medizinischen Gesellschaft vom 2. November 1887: „Herr E. Hahn glaubt durch ein Experiment die Uebertragbarkeit des Carcinoms erwiesen zu haben. Er hat einer Patientin, die an Carcinome dissimuliert litt, von drei Knötchen mit einer Scheere auf Art der Nervektomie Transplantate entnommen und an ganz entfernten Stellen implantiert. Alle drei Knötchen sind fortgewachsen und haben sich als Carcinome weiterentwickelt.“ 2) 18. Congress der deutschen Gesellschaft für Chirurgie: Sitzung vom 25. April 1889: „Herr E. Hahn (Berlin) erinnert an seinen vor 2 Jahren ausgeführten Versuch, bei einer Patientin mit unheilbarem Carcinom ein excidiertes Krebserbte an einer entfernten Stelle einzupflanzen und mit gesunder Haut zu bedecken. Das Knötchen wuchs fort und vergrößerte sich um das drei- bis fünffache. Die Umgebung zeigt deutlich kleine Knötchen, die wieder den typischen Bau des Carcinoms ergaben. Herr v. Bergmann (Berlin) hat den Hahn'schen Versuch ebenfalls mit positivem Resultate wiederholt.“ — Ich richte nun an die beiden Herren folgende Fragen: 1) Haben Sie diese Manipulationen mit Wissen und Willen ihrer Patienten vorgenommen? Wussten diese besonders, daß der Eingriff keinen Heilzweck hatte? 2) Hielten und halten Sie die Möglichkeit für ausgeschlossen, daß durch Ihre Manipulationen den Patienten vermehrte Schmerzen zugefügt, oder aber ihre Lebensdauer verkürzt ist? Dr. Eugen Leidig, Regierungsrath. — Wie auch von anderen Seiten betont wird, läßt sich der Herr Einsender von seinen juristischen Gefühlen wohl etwas zu weit hinreißen. Die Namen Hahn und v. Bergmann enthalten eigentlich an und für sich die Antwort auf seine beiden Fragen. Es steht wohl außer allem Zweifel, daß diese beiden berühmten Chirurgen eine derartige Operation nicht unternehmen hätten, wenn sie nicht der Ueberzeugung gewesen wären, daß die Impfungen das Allgemeinbefinden der Patienten nicht mehr verschlimmern könnten, und daß sie durch ausklärende Versuche dieser Art, der Wissenschaft und dadurch der Menschheit einen Dienst erwiesen. Dieser Ansicht können wir nicht beistimmen.

Aus Stadt und Land.

Vant, 14. Juli. Morgen Mittwoch, den 15. Juli findet in Herrn C. Lühens Gasthause am Markt ein Gerichtstag statt, auf den wir hiermit aufmerksam machen. Vant, 18. Juli. Die gegnerischen Zeitungen unserer Nachbarschaft bemächtigen sich mit einer wahren Eile der

Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei während der letzten Wochen, um, da durch die beendigte Kaiserreise der Stoff zu Ende geht, in der Zeit der „fauren Gurte“ die Spalten zu füllen. Der „Gemeinnütze“ in Basel hat sich durch Uebernahme eines Artikels aus der „Freisinnigen Zeitung“ in die Spalten seines Blattes den Vorwissen, daß des „Großen Eugen“ gegen Alles, was sozialdemokratisch ist, übergeimpft. Der Artikel mit der Ueberschrift: „Bürgerliche Borntheit“ weist den gerechtfertigten Vorwurf des „Bornwerts“ zurück, daß die bürgerlichen Radikalen, die sich nun beiseiden „Freisinnige“ nennen, aus Furcht und Feigheit rein bürgerliche, sagen wir demokratische Forderungen fallen gelassen haben, deren Durchführung die Sozialdemokratie sich erst zur Aufgabe machen muß, um weitere Forderungen zur Verwirklichung bringen zu können. Diese Zurückweisung ist aber keineswegs gelungen, und nicht einmal dadurch, daß er den Vorwurf des „Bornwerts“, die freisinnige Partei wage noch nicht einmal im preussischen Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts einzubringen, scheibar Lügen straft. Wohl hat Aldert ja beiläufig bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der aber bei diesem Gegenstand ausfällt als sein mußte und nur dann Aussicht auf Erfolg haben kann, wenn durch eine Volksbewegung der Forderung Nachdruck verliehen wird. Uebrigens bezog sich die Beschuldigung des „Bornwerts“ hinsichtlich dieses Punktes lediglich auf die Zeit, als der radikale Liberalismus die Majorität im Abgeordnetenhaus hatte, da wollten mit wenigen Ausnahmen die Herren von dem gleichen und direkten Wahlrecht nichts wissen. Und sehen wir auf Oldenburg, wo der Freisinn heute noch einen bedeutenden Einfluß im Landtage hat; hat er es da etwa sich mit Energie versucht, die Schranken, die noch zwischen dem jetzigen System und dem allgemeinen direkten Wahlrecht bestehen, wegzuräumen? Hat er hier, wie in Preußen je versucht, die mittelalterliche Gefinnordnung nach dem Geiste der Neuzeit und nach seinen eigenen Grundsätzen zu reformieren? Nein! Und ferner: hat der Freisinn, wie es in jenem Artikel geschieht, seine Veranlassung, spöttisch die Nase zu rümpfen über das Fehlen des Zusammenhanges, der Mittel und des Zweckes in unserem Programm, denn er hat selbst gar kein Programm, sondern nur ein paar Phrasen von „Freiheit und Volkswohl“ und — „Wohlfürmpfe“, das Symbol ihres „Bürgerthums“ vor Fürstenthronen.“ Im Uebrigen verweisen wir den „Gemeinnütze“ auf unseren Leitartikel in der heutigen Nummer. Das „Wilhelmshavener Tageblatt“ zeigt sich bei der Besprechung des Programm-Entwurfes in einem wesentlich vorthellhafteren Lichte, als der „Gemeinnütze“. Es macht sich einen Artikel der konservativen „Post“ zu eigen, der den Entwurf sachlich und nicht ohne Verständnis kritisiert. Wir sind fast versucht, auf eine Milderung zum Besten in der Kampfesweise des „Tageblattes“ gegen uns zu hoffen. Wenn die Redaktion nur die „Post“ mit der Scheere bearbeitet, mag die Forderung berechtigt sein; wehe aber, wenn das scharfgeschliffene Werkzeug in noch weniger gewissenhafte Organe hineinführt, dann kommt die alte Haltung wieder zu Tage. Am Schlusse dieses Artikels heißt es dann nun:

„Der sozialdemokratische Programm-Entwurf ist daher mit einigen Worten abfälliger Kritik, so berechtigt diese sein mag, nicht abgethan; er enthält vielmehr eine neue bringende Mahnung, die Rührung gegen die Sozialdemokratie mit Treue und Eifer fort und fort zu verfahren.“ Dagegen haben wir nichts einzuwenden und freuen uns darauf. Die Treue und der Eifer, gegen die Sozialdemokratie zu rufen und zu kämpfen, scheint denn auch die Redaktion des „Wils. Tagebl.“ veranlaßt zu haben, gestern in einem weiteren Artikel die Vorgänge in unserer Partei zur Kenntniß seines Publikums zu bringen und gegen uns zu kämpfen, indem es die Diskussion über die Reden des Abgeordneten Vollmar betitelt: „Die Sozialdemokraten unter sich.“ Wenn damit gesagt sein soll, daß die Sozialdemokraten unter sich uneinig sind und daß für die Gegner die erfreuliche Voraussicht besteht, daß wir uns in absehbarer Zeit gegenseitig aufreissen werden, wie jene kämpfenden Löwen — bis auf die Schwänze, so irrt sich das Blatt freilich gewaltig. Die Reden Vollmar's, der mittlerweile eine zweite Rede gehalten, worin er zu beweisen sucht, daß seine Ausführungen über die Haltung der Partei zur äußeren Politik der Reichsregierung mit den Aussprüchen von Liebknecht, Bebel und Auer übereinstimmen, werden auf jeden Fall in Bezug auf die Lösung der Frage der Taktik unserer Partei nach dem Ausnahmengesetz wohlthätig wirken und sollten unsere Gegner doch einsehen, daß man sich bei uns nicht scheut, derartige Differenzen unter dem vollen Lichte der Öffentlichkeit zum Austrag zu bringen. Man braucht also diesem Streit nicht die oben gekennzeichnete Deutung zu geben, auf welche der Titel „Die Sozialdemokraten unter sich“ hindeutet. Auf dem Parteitage zu Erfurt wird diese Frage schon ihre Geldeidung finden und wird auch unzweideutig ausgesprochen werden, daß Meinungsverschiedenheiten, sofern ihr Kern auf dem Boden des Programms und der Prinzipien liegt, geädert werden müssen. Diese Anschauung vertritt fast unsere ganze Parteipresse und hat das für und wider im Allgemeinen, wie sich das von selbst versteht, mit Schlichtheit erwoogen. Der Sonderstellung einer Berliner Clique und ihr Anathema über Vollmar wird keinerlei Bedeutung beigelegt und es hat auch keine. Im Uebrigen brauchen die Gegner sich nicht unsere Köpfe zerbrechen, denn sie haben keine eigene Meinung weder in der inneren noch in der äußeren Politik. Ein Vierteljahrhundert hat sie Dänemark für sie gemacht und sind jetzt gar Viele untröstlich, daß die jetzige Reichsregierung nicht mit der gleichen Methode, mit dem Karsiristiefel, den sie so lieb gewonnen, ihnen eine Meinung beibringt. Parteien, die keine Grundsätze haben, haben auch keine Ideale, kommen daher auch nicht in Meinungsverschiedenheiten über die Verwirklichung derselben.

Parteien, die keine Grundsätze haben, haben auch keine Ideale, kommen daher auch nicht in Meinungsverschiedenheiten über die Verwirklichung derselben.

Wilhelmshaven, 13. Juli. Wie wir hören, findet das diesjährige Schützenfest am 30., 31. August und 1. September statt, nicht wie erst festgestellt war am 4., 5. und 6. August. Man denkt wohl in den interessierten Kreisen, daß die Bundes, welche bei diesen Schützenfesten und den vielen Festlichkeiten den Guldentheil des Publikums geschlagen worden, mindestens 6 bis 8 Wochen zu jenem Zeitpunkt brauchen, um vernarrt zu sein.

Am nächsten Sonntag wird die Gefäß-Ausstellung in dem Festzelt des Herrn Kotte eröffnet. Wenn wir auch keineswegs den Nutzen einer Gefäß-Ausstellung und den Nutzen der Gefäßgelehrten, der in Deutschland lange nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden wird, verkennen, so halten wir, wie wir schon einmal ausgesprochen, das Verbinden einer solchen Ausstellung mit einem Jahrmarkt oder Volksfest, wie man es hier zu benennen beliebt, für verfehlt. Auch scheint uns der für die Ausstellung gewählte Ort für eine solche Ausstellung nicht besonders passend zu sein, der Markt scheint uns dazu schon gerühmt. Trotz dieser Mängel wünschen wir dem Unternehmen doch einen guten Erfolg, obwohl wir uns keineswegs zu dem Optimismus emporschwingen können, als ob die Ausstellung etwas dazu beitragen werde, daß der arme Mann des Sonntags sein Fuß in den Topf bekomme.

Oldenburg, 13. Juli. Die „Oldenburger Zig.“ bringt einen Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen des Oldenburger Bundes-Kongresses in Brade. Darnach gehören demselben 79 Vereine mit 6207 Mitgliedern an. Ferner geht daraus hervor, daß der Bundesvorstand beabsichtigt sein werde, sozialdemokratische Tendenzen dem Verein fernzuhalten. Das ist zwar sehr schön und loblich von dem Vorstande, wie er das aber machen will, ist uns nicht recht klar. Daß er in der Statut nicht Bestimmungen aufnehmen wird, welche die Tendenzen (Bestrebungen) der Sozialdemokratie fördern, ist ja selbstverständlich, meint er aber, das Fernhalten oder Dinausgreiben von Mitgliedern, welche diesen Bestrebungen huldigen und außerhalb des Vereins betätigen, so versteht dies doch offenbar gegen den bekannten Beschluß in Sachen des Antrags der Jerscher-Krieger. Wir haben zwar gegen den Ausschluß von Sozialdemokraten gar nichts einzuwenden, denn diese thun jedenfalls besser, heraus zu bleiben. Ob es aber gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie was nützt, müssen wir bezweifeln, umso mehr, seit nämlich in Bayern ein Riegervereinsgeneral oder Oberst, was er ist, gesagt hat, daß gar so viele Vorstände total unfähig seien zur Beurtheilung der Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Giens, 13. Juli. Der hiesige Rentier Kettler hat den Fußgängerarmen Remus, der ihn zum Verlassen des Postgebäudes zu bewegen suchte, woselbst er den Postbeamten mit einem Revolver bedrohte, weil dieser ihm angeblich seine Zeitungen unregelmäßig zustellen ließ, mit dieser Waffe erschossen. Der Gendarm, der wenige Stunden nachdem er den Schuß erhalten, verstarb, hinterläßt eine Frau mit mehreren unmündigen Kindern.

Emden. In einer Volksversammlung ist neulich der Beschluß gefaßt worden, den Magistrat zu ersuchen, das Bürgervereins-Collegium zu veranlassen, an das Ministerium eine Petition wegen Suspension der Getreidezölle zu richten. Der Magistrat ließ nun an den Beauftragten der Volksversammlung folgende Antwort gelangen:

„Auf die Eingabe vom 17. d. Mts., betr. Abschaffung der Getreidezölle erwiedern wir, daß jedem Staatsbürger das Petitionsrecht zusteht, dieses aber keine Veranlassung genommen werden kann, die mitgetheilte Resolution dem Bürgervereins-Collegium vorzulegen, da die Ausführung der Beschlüsse von Volksversammlungen nicht zu den verfassungsmäßigen Rechten und Verpflichtungen der städtischen Kollegien gemäß der Städte-Ordnung gehört.“ Der Magistrat: Härbringer.

Jedenfalls wäre es ehrlicher von dem Magistrat von Emden gewesen, wenn er gesagt hätte, wir sind Freunde der Kornzölle, oder sehen keinen Nothstand, als wie Kompetenzbedenken vorzuschützen, nachdem die Vertretungen einer ganzen Anzahl Städte solche Petitionen beschließen und abgesandt haben. In Arbeiterkreisen ist man selbstredend über diese Antwort nicht befriedigt.

Literarisches.

„Lichtstrahlen“, Blätter für volkreichliche Wissenschaft. Zugleich ein literarischer Wegweiser für das Volk. Erscheint halbmündlich in Heften à 20 Bll. Berlin, Verlag von C. G. Neuenhagen. — Soeben erschien das 19. Heft. Inhalt: Der Gottesglaube und sein einziger Heil. Ein Beitrag zur Diskussion über das Parteilprogramm. — Die Afrika plünder wird. Von J. M. — Die industrielle Reform. — Miguel Serveto. Das Opfer eines protestantischen Glaubensgelehrten. — Der Zustand im Erdinneren. — Aus der Zeit. — Literarisches. Sozialpolitik: Deutschland in 100 Jahren oder die Geschichte des Glückes. Ein sozialer Märchen von Michael Müllerheim. — Die sozialistische Bewegung in Deutschland von 1866-1890. Von Dr. E. Heib. — Volkswirtschaft: Studien über Brousson. Von Dr. Arthur Müller. — Volkswirtschaft und Jugendbildung. Von Ernst Hölzel. — Naturwissenschaft: Das neue Buch der Natur. Von H. v. Schönerer-Vertheil. — Länder- und Völkerkunde: Karlens Universität-Danaball. — Unterhaltungsliteratur: Aus den letzten Zeiten. Politische Gedichte von Rudolf Weyersheim. — Familienbibliothek für das arbeitende Volk. — Kleine Unterhaltungen: Kraft und Selbstbeherrschung von Dr. Martin Luther. — Vom Volksmann. — Rassenmord hinter Klostermauern. — Bästlicher Unglaube. — Beiträge: Moderne Jukktion-Bibliothek: Albertine. Von Christian Kropp.

Dochwasser.

Vant. Wilhelmshaven.

Mittwoch den 15. Juli Vorm. 6.30 Nachm. 6.43
Donnerstag den 16. Juli „ 7.24 „ 7.45



